

Pressemitteilung

Kiel, 27. Oktober 2026

Ergebnisse der Steuerschätzung lassen erneut eine Verschärfung der kommunalen Finanzkrise erwarten – Bund und Land müssen sofort eine aufgabengerechte Finanzausstattung sicherstellen

Das heute vorgelegte regionalisierte Ergebnis der Steuerschätzung zeigt, dass entgegen dem Bundestrend die kommunale Ebene nicht mit einer Verbesserung der kommunalen Finanzsituation im Jahr 2026 rechnen kann. Erst im Jahr 2027 kann mit einem leichten Zuwachs auf der Einnahmenseite gerechnet werden.

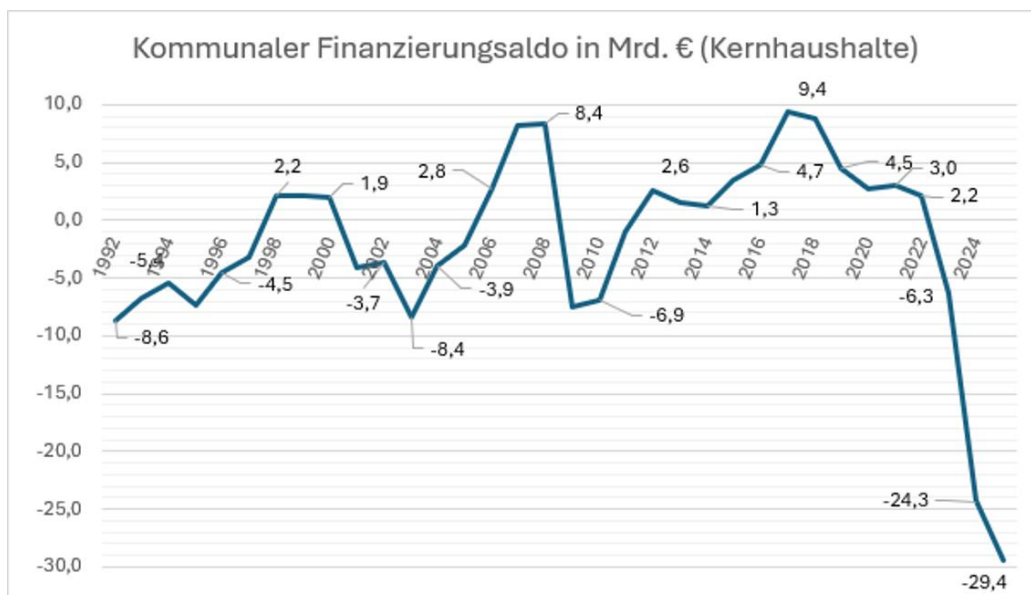
Dazu erklärten die Geschäftsführer der kommunalen Landesverbände **Marc Ziertmann**, Städteverband Schleswig-Holstein, **Dr. Martin Kruse**, Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag, und **Carsten Schreiber**, Schleswig-Holsteinischer Landkreistag, in Reaktion auf die Ergebnisse der regionalisierten Steuerschätzung:

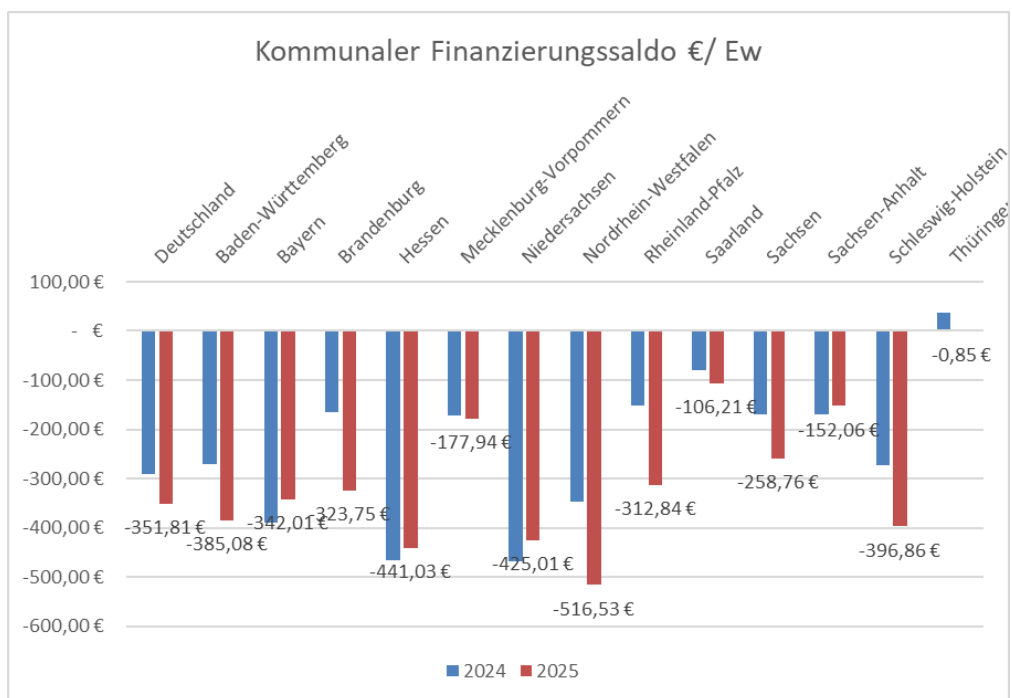
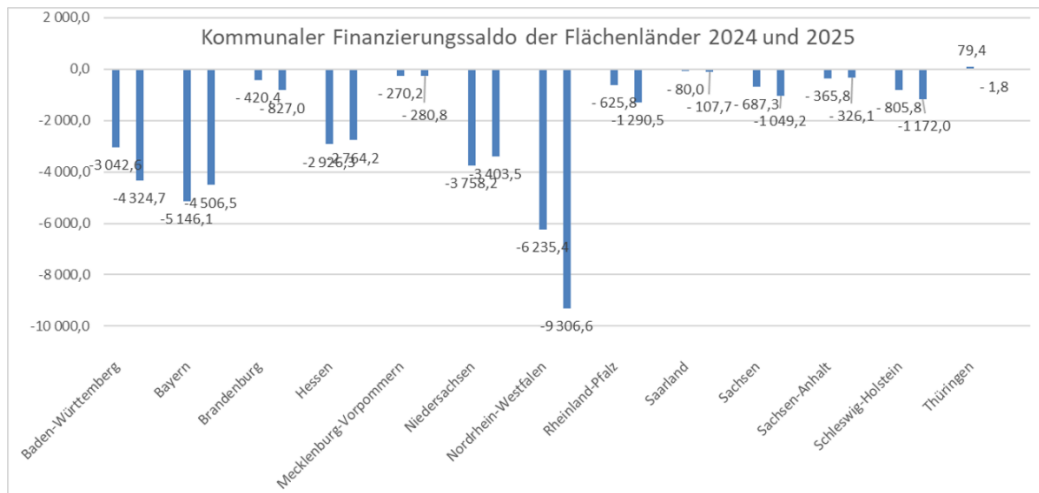
„Das kommunale Defizit hatte bereits im Jahr 2025 mit über 1 Milliarde Euro historische Ausmaße angenommen. Wenn nunmehr die Steuerschätzung im Jahr 2026 weniger Einnahmen als im Jahr 2025 prognostiziert, drohen angesichts steigender Sozial-, Sach- und Personalausgaben weitere historische Defizite, die von den Kommunen nicht aufzufangen sein werden. Das Land muss sofort wirksame Hilfe für die Kommunen leisten. Ein erster Schritt wäre die sofortige Zurücknahme der im Jahr 2024 zu Lasten der Kommunen beschlossenen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen. Das heißt, der Landesanteil für die Städtebauförderung muss sofort wieder aus dem Landeshaushalt geleistet werden, die Mittel für den ÖPNV müssen unverzüglich wieder dynamisiert werden und die Kürzungen bei Straßen- und Radwegebau sind wieder zurückzunehmen. Das allein wird aber nicht reichen, um eine aufgabengerechte Kommunalfinanzierung auf der Einnahmenseite sicherzustellen. Parallel erwarten die kommunalen Landesverbände Soforthilfen vom Bund, bspw. durch eine kurzfristige Erhöhung der Umsatzsteuer- oder Einkommenssteueranteile und durch Entlastungen kommunaler Kassen von Zahlungsverpflichtungen, insb. bei Sozialausgaben.“

Sollte es keine wirksame Hilfestellung für die kommunale Ebene geben, drohen tiefe Einschnitte bei den kommunalen Aufgaben, aber auch zusätzliche Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger. *„Die kommunale Ebene hat bereits eine Vielzahl von Konsolidierungsmaßnahmen ergriffen, die bereits jetzt vor Ort spürbar sind. Die kommunale Ebene agiert am Limit, weshalb ohne Hilfe die Frage von Bund und Ländern beantwortet werden muss, welche Ausgaben die Kommunen künftig nicht mehr wahrnehmen sollen, wenn es keine Soforthilfe gibt. Die kommunale Selbstverwaltung lebt von den freiwilligen Leistungen, die vor Ort das Leben der örtlichen Gemeinschaft lebenswert machen. Die Aufgaben der Daseinsvorsorge dürfen nicht weiter ausgedünnt werden.“*, so die Geschäftsführer abschließend.

Zum Hintergrund:

Für das Jahr 2026 wird ein Gesamtaufkommen von rd. 7,37 Mrd. Euro erwartet. Es sinkt damit gegenüber dem Ist 2025 um rd. 9 Mio. Euro. Gegenüber den Ergebnissen der Mai-Schätzung ist dies ein Rückgang der Einnahmen um rd. 90 Mio. Euro. Im weiteren Verlauf sollen die erwarteten Einnahmen jeweils gegenüber der Mai-Schätzung in 2027 um rd. 1 Mio. Euro steigen, dann in 2028 um rd. 46 Mio. Euro, in 2029 um rd. 56 Mio. Euro und in 2030 um rd. 72 Mio. Euro sinken. Der Rückgang der Steuereinnahmen ist im Wesentlichen auf Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer und den Gemeindeanteilen an der Lohnsteuer, Einkommensteuer und am Zinsabschlag zurückzuführen.





verantwortlich:

Marc Ziertmann (STV SH) – Carsten Schreiber (SH LKT) – Dr. Martin Kruse (SHGT)